

**Satzung**  
**über die Erhebung von Kosten und Gebühren**  
**in der Gemeinde Wadersloh**  
**bei Einsätzen der Feuerwehr**

Der Rat der Gemeinde Wadersloh hat aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) der §§ 4 bis 7 und § 41 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung – FSHG – vom 10.02.1998 (GV NW S.122) und der §§ 1, 2, 4, 5 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV NW S. 712) in der jeweils gültigen Fassung in seiner Sitzung am 24.10.2012 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**

**Leistungen der Feuerwehr**

- (1) Die Gemeinde Wadersloh unterhält zur Bekämpfung von Schadenfeuern sowie zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden, eine Feuerwehr nach Maßgabe des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG).
- (2) Darüber hinaus stellt die Feuerwehr bei Veranstaltungen nach Maßgabe des § 7 Abs. 1 FSHG Brandsicherheitswachen, soweit der Veranstalter dieser Verpflichtung nicht genügt oder genügen kann.
- (3) Des Weiteren kann die Feuerwehr auf Antrag auch freiwillige Hilfeleistungen erbringen. Ein Rechtsanspruch zur Durchführung solcher Hilfeleistungen besteht nicht. Über die Durchführung entscheidet der Leiter der Feuerwehr.

**§ 2**

**Kostentragung**

- (1) Die Einsätze der Feuerwehr nach § 1 Abs.1 sind unentgeltlich, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.
- (2) Für die nachfolgend aufgeführten Einsätze der Feuerwehr wird Ersatz der entstandenen Kosten verlangt:
  1. von dem Verursacher, wenn er die Gefahr oder den Schaden vorsätzlich herbeigeführt hat,
  2. von dem Betreiber von Anlagen oder Einrichtungen gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 im Rahmen ihrer Gefährdungshaftung nach sonstigen Vorschriften,
  3. von dem Fahrzeughalter, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Betrieb von Kraft-, Schienen-, Luft- oder Wasserfahrzeugen entstanden ist, sowie von den Ersatzpflichtigen in sonstigen Fällen der Gefährdungshaftung,
  4. von dem Transportunternehmer, Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden bei der Beförderung von Gefahrstoffen oder wassergefährdenden Stoffen entstanden ist,

5. von dem Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden beim sonstigen Umgang mit Gefahrstoffen oder wassergefährdenden Stoffen gemäß Nummer 4 entstanden ist, soweit es sich nicht um Brände handelt,
6. vom Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten einer Brandmeldeanlage außer in Fällen nach Nummer 7, wenn der Einsatz Folge einer nicht bestimmungsgemäßen oder missbräuchlichen Auslösung war,
7. von einem Sicherheitsdienst, wenn dessen Mitarbeiter eine Brandmeldung ohne eine für den Einsatz der Feuerwehr erforderliche Prüfung weitergeleitet hat,
8. von demjenigen der vorsätzlich grundlos die Feuerwehr alarmiert.

### **§ 3**

#### **Gebühren**

- (1) Für die Gestellung von Brandsicherheitswachen, das Gewähren von Hilfeleistungen und für die zeitweise Überlassung von Fahrzeugen und Geräten der Feuerwehr, die nicht nach § 41 Abs. 1 FSHG unentgeltlich sind und nicht unter die Vorschriften des § 41 Abs. 2 FSHG fallen, werden Gebühren nach Anlage I erhoben.
- (2) Die Leistungen nach Absatz 1 können von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von der Bereitstellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden.
- (3) Auf freiwillige Leistungen der Feuerwehr besteht kein Rechtsanspruch. Ob sie gewährt werden sollen, entscheidet der Bürgermeister oder der/die von ihm Beauftragte. Bei freiwilligen Leistungen ist die Haftung der Gemeinde Wadersloh auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.
- (4) Für die Gegenstände der Feuerwehr, die bei freiwilligen Leistungen der Feuerwehr ohne Verschulden der Feuerwehr beschädigt oder vernichtet werden, hat der/die gebührenpflichtige Schadenersatz zu leisten.  
Besteht neben der Pflicht der Feuerwehr zur Hilfeleistung die Pflicht einer anderen Behörde oder Einrichtung zur Schadensverhütung und Schadensbekämpfung, so sind die Kosten für den Feuerwehreinsatz vom Rechtsträger der anderen Behörde oder Einrichtung zu erstatten, sofern ein Kostenersatz nach Satz I nicht möglich ist.

### **§ 4**

#### **Berechnungsgrundlage**

Die Kosten bestehen aus den Personalkosten, Fahrzeug- und Gerätekosten sowie Sachkosten. Sie werden nach Maßgabe der §§ 5 – 7 berechnet.

## **§ 5**

### **Personalkosten**

- (1) Die Personalkosten berechnen sich bei Einsätzen nach § 41 Abs.2 FSHG, bei Brandsicherheitswachen und freiwilligen Leistungen der Feuerwehr aufgrund der Einsatzzeit.
- (2) Die Einsatzzeit bei Einsätzen nach § 2 beginnt mit dem Zeitpunkt der Alarmierung und endet mit der Rückkehr zum Gerätehaus. Bei Einsätzen, die eine besondere Reinigung der Fahrzeuge und Geräte erforderlich machen, wird die Zeit für die Reinigung der Einsatzzeit hinzugerechnet.
- (3) Die Einsatzzeit bei Brandsicherheitswachen richtet sich nach dem jeweiligen Einsatzbericht des Führers/der Führerin der Brandsicherheitswache.
- (4) Bei freiwilligen Hilfeleistungen werden die Personalkosten nach dem Einsatzbericht berechnet.
- (5) Abgerechnet wird grundsätzlich nach Einsatzstunden. Angefangene Stunden werden zu Einheiten je 15 Minuten abgerechnet.
- (6) Die Höhe der Stundensätze des eingesetzten Personals ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle, die Bestandteil dieser Satzung ist.

## **§ 6**

### **Fahrzeug- und Gerätekosten**

- (1) Die Kosten für die eingesetzten Fahrzeuge und Geräte werden aufgrund der Einsatzzeit im Verhältnis zu den Jahresstunden berechnet. Die Einsatzzeit beginnt mit dem Ausrücken und endet mit der Rückkehr zum jeweiligen Feuerwehrgerätehaus. Die Höhe dieses Kostenersatzes bestimmt sich nach dem anliegenden Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Im Kostenersatz bei Fahrzeugen sind die Nebenkosten und die Aufwendungen für die Inanspruchnahme der in den Fahrzeugen befindlichen Geräte enthalten.

## **§ 7**

### **Sachkosten**

Die Sachkosten, wie Schaummittel, Ölbindemittel usw. werden in voller Höhe zum jeweiligen Tagespreis berechnet.

## **§ 8**

### **Gebühren für sonstige Leistungen der Feuerwehr**

Für freiwillige Hilfeleistungen der Feuerwehr im Sinne des § 1 Abs. 2 werden Gebühren nach Maßgabe der §§ 5 bis 7 erhoben.

## **§ 9**

### **Inanspruchnahme privater Unternehmen und Hilfsorganisationen**

- (1) Die Feuerwehr kann zur Unterstützung bei Leistungen im Sinne des § 1 private Unternehmen und/oder Hilfsorganisationen beauftragen. Über die Beauftragung entscheidet der Leiter der Feuerwehr. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung besteht nicht.
- (2) Für die Beauftragung privater Unternehmen und/oder Hilfsorganisationen wird Kostenersatz geltend gemacht. Die Höhe des geltend gemachten Kostenersatzes richtet sich nach den tatsächlich angefallenen Kosten.

## **§ 10**

### **Kostenschuldner**

Zur Zahlung des Kostenersatzes für Einsätze nach § 2 Abs. 2 sind die dort genannten Personen verpflichtet. Mehrere Kostenersatzpflichtige haften als Gesamtschuldner.

## **§ 11**

### **Gebührensschuldner**

Zur Zahlung der Gebühr für die in § 1 Abs. 2 und 3 genannten Leistungen ist derjenige verpflichtet, der die Leistung bestellt oder bestellen lässt. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

## **§ 12**

### **Entstehung und Fälligkeit**

- (1) Der Kostenersatzanspruch nach § 2 Abs.2 entsteht mit Beendigung der kostenersatzpflichtigen Leistungen der Feuerwehr. Er wird mit der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides fällig, wenn im Bescheid nicht ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wird.
- (2) Die Gebühr nach § 11 entsteht mit Beendigung der gebührenpflichtigen Leistungen der Feuerwehr. Sie wird mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig, wenn im Bescheid nicht ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wird.

## **§ 13**

### **Haftung**

Die Gemeinde haftet bei Leistungen im Sinne des § 1 Abs.2 und 3 nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

## **§ 14**

### **Inkrafttreten**

- a. Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- b. Gleichzeitig tritt die Feuerwehrgebührensatzung i. d. F. vom 25.06.1997 außer Kraft.

---

Christian Thegelkamp  
Bürgermeister

---

Angelika König  
Schriftführerin

Anlage I

**Kostentarif**  
**zur Satzung über die Erhebung von Kosten und Gebühren**  
**bei Einsätzen der Feuerwehr**  
**in der Gemeinde Wadersloh**

**vom 24.10.2012**

	je 15 Minuten
1. Dienst- und Arbeitsleistung pro Person	2,50 €
2. Löschgruppenfahrzeug Tanklöschfahrzeug Hilfeleistungslöschfahrzeug	4,60 €
3. Einsatzleitwagen Mannschaftstransportfahrzeug	8,70 €
4. Gerätewagen Rüstwagen Schlauchwagen	9,70 €
5. Verbrauchsmaterial und Entsorgung (Ölbeseitigungsmittel, Löschpulver, Schaummittel, sonstiges Material)	Nach Verbrauch und tatsächlichen Kosten
6. Dienst- und Arbeitsleistung bei Brandsicherheitswachen	2,,50 €
7. Gestellung von Löschfahrzeugen bei Brandsicherheitswachen	Es gelten die o.a. Gebühren

**Satzung  
über die Erhebung von Gebühren  
für die Durchführung der Brandschauen  
in der Gemeinde Wadersloh**

Der Rat der Gemeinde Wadersloh hat in seiner Sitzung am 24.10.2012 aufgrund der §§ 1 Abs. 2, 6 und 41 Abs. 4 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) vom 10.02.1998 (GV.NRW. S. 122/SGV.NRW. 213), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.12.2009 (GV.NRW. S.765) sowie des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666/ SGV.NRW.2013), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2010 (GV.NRW. S. 688) und der §§ 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV.NRW. S. 712/SGV.NRW. 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV.NRW. S. 394), folgende Satzung beschlossen:

**§ 1  
Zweck der Brandschau**

- (1) Die Brandschau wird durchgeführt, um präventiv zu prüfen, ob Gebäude und Einrichtungen, die in erhöhtem Maße brand- oder explosionsgefährdet sind oder in denen bei Ausbruch eines Brandes oder bei einer Explosion eine große Anzahl von Personen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind, den Erfordernissen des abwehrenden Brandschutzes entsprechen.
- (2) Die Prüfung der Erfordernisse des abwehrenden Brandschutzes dient der Feststellung brandschutztechnischer Mängel und Gefahrenquellen sowie der Anordnung von Maßnahmen, die der Entstehung eines Brandes oder der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorbeugen und bei einem Brand oder Unglücksfall die Rettung von Menschen und Tieren, den Schutz von Sachwerten sowie wirksame Lösch-, Bergungs- und Sicherungsmaßnahmen ermöglichen.

**§ 2  
Gebührenpflichtige Amtshandlungen**

- (1) Gebührenpflichtig sind die Leistungen
  - a) zur Durchführung der Brandschau im Sinne von § 1 einschließlich deren Vor- und Nachbereitung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die für die Brandschau zuständige Dienststelle an Prüfungen der Bauaufsichtsbehörde beteiligt ist und dabei zugleich eine Brandschau vornimmt,
  - b) infolge erforderlicher Nachbesichtigungen (Nachschau),
  - c) zur Durchführung einer brandschutztechnischen Begehung und deren Vor- und Nachbereitung eines Objektes, das nicht der Brandschauptpflicht unterliegt bzw. nicht in der Anlage 2 enthalten ist, aber vom Betreiber / Eigentümer des Objektes mündlich oder schriftlich beantragt wurde und u . U. mit der Anfertigung einer Mängelliste verbunden ist, die eine abermalige Objektüberprüfung erforderlich macht.
- (2) Unberührt bleibt das Recht anderer Behörden, insbesondere der Bauaufsichtsbehörde, zur Erhebung von Gebühren aufgrund besonderer Vorschriften, wenn sie in eigener Zuständigkeit an der Durchführung der Brandschau teilgenommen haben oder nach Durchführung der Brandschau tätig geworden sind.

### **§ 3 Gebührenmaßstab**

- (1) Die Gebühren werden nach der Dauer der Amtshandlung und nach der Zahl der notwendig eingesetzten Dienstkräfte bemessen. Zur Gebühr gehören auch die Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen. Bei der Bemessung der Gebühren werden zudem Umfang und Schwierigkeitsgrad der Amtshandlungen im Einzelfall berücksichtigt.
- (2) Die Bemessung der Gebühren erfolgt im Einzelnen nach den im anliegenden Gebührentarif (Anlage 1) aufgeführten Sätzen und unter Berücksichtigung der in Anlage 2 aufgeführten Objekte. Die Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung.

### **§ 4 Auslagenersatz**

Besondere Auslagen, die im Zusammenhang mit der Amtshandlung entstehen, sind zu ersetzen, auch wenn eine Befreiung von der Gebühr für die Amtshandlung besteht.

### **§ 5 Zeitliche Folge der Brandschau**

- (1) Die zeitliche Folge der Brandschau richtet sich bei Objekten, die Gegenstand von Sonderbau-Verordnungen sind oder für die baurechtliche Anordnungen gelten, nach den entsprechenden baurechtlichen Vorschriften. Im übrigen ist die Brandschau je nach Gefährdungsgrad der in der Anlage 2 aufgeführten Objekte oder Einrichtungen in Zeitabständen von längstens fünf Jahren durchzuführen.
- (2) Fehlen Vorschriften zu den Zeitabständen der Brandschauen, werden diese von der Gemeinde Wadersloh unter Berücksichtigung des Gefährdungsgrades von Objekten nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt

### **§ 6 Gebührensschuldner**

Gebührensschuldner ist der Eigentümer, Besitzer oder sonstige Nutzungsberechtigte des Objektes/ der Einrichtung, welche(s) der Brandschau unterworfen ist. Gebührensschuldner ist weiterhin derjenige, der eine Leistung nach § 2 Abs. 1 Buchstabe c) beantragt. Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.

### **§ 7 Entstehung, Festsetzung, Fälligkeit, Stundung, Erlass der Gebühr**

- (1) Die Gebühr entsteht mit Abschluss der Amtshandlung. Die Gebühr wird durch Bescheid festgesetzt. Sie ist mit Zugang des Bescheides fällig und innerhalb von einem Monat zu entrichten.
- (2) Die Entrichtung der Gebühr kann ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Entrichtung innerhalb des angegebenen Zahlungszeitraumes eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Die Stundung ist in der Regel nur auf Antrag und bei einer Gebührenhöhe von über 500,00 € gegen Sicherheitsleistung zu gewähren.



- (3) Von der Erhebung der Gebühr kann abgesehen werden, soweit die Erhebung nach Lage des Einzelfalles eine unbillige Härte wäre.

**§ 8**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

---

Christian Thegelkamp  
Bürgermeister

---

Angelika König  
Schriftführerin

## **G e b ü h r e n s ä t z e**

Für die Bemessung der Gebühren nach § 3 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Gemeinde Wadersloh vom 24.10.2012 gelten folgende Regelsätze:

**1. Durchführung einer Brandschau oder einer Nachschau am Objekt nach Dauer der Amtshandlung**

je angefangene halbe Stunde pauschal 20,00 €

**2. Vorbereitung und/oder Nachbereitung der Brandschau entsprechend dem Arbeitsaufwand**

je angefangene halbe Stunde pauschal 20,00 €

**3. Fahrtkostenpauschale gem. § 3 Abs. 1**

je angefahrenes Objekt und je Anfahrt . pauschal 15,00 €

**4. Durchführung einer Objektbesichtigung auf Antrag von Personen im Sinne des § 2 Abs. 1 c**

Die Bemessung der Gebühr erfolgt in entsprechender Anwendung der Regelungen zu Ziffer 1. – 3.

**Aufstellung der Objekte für die Gebührenbemessung nach § 3 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Gemeinde Wadersloh**

Kennziffer	Objekte	Brandschauintervall (Jahre)
<b>Pflege- und Betreuungsobjekte</b>		
001	Krankenhäuser, Einrichtungen mit Pflege- und Betreuungsleistungen über 200 m <sup>2</sup>	3
002	Seniorenwohnheim mit / ohne Pflegeplätze	3
003	Gebäude für hilfsbedürftige minderjährige, sowie körperlich und geistig behinderte Personen (ab 8 Personen)	3
004	Kindergärten, Kindertagesstätten, Kinderhorte, Einrichtungen der Kindertagespflege	3
<b>Übernachtungsobjekte</b>		
005	Beherbergungsbetriebe nach Teil 2 Sonderbauverordnung (SBauVO) (ab 12 Betten)	5
006	Obdachlosenunterkünfte	5
007	Notunterkünfte (Aussiedler, Umsiedler, Asylbewerber)	5
008	Campingplätze (Camping- und Wochenendplatzverordnung - CW VO -)	5
<b>Versammlungsobjekte nach Teil 1 Sonderverordnung (SBauVO)</b>		
009	Gebäude mit Bühnen-/ Szenenflächen (ab 100 Personen)	3
010	Gebäude mit Filmvorführungen (ab 100 Personen)	3
011	Gebäude mit Räumen ab 200 Personen (z. B. Sporthallen, Schützenhallen)	3
012	Sportstadien (ab 5.000 Plätze)	3
012a	Versammlungsstätten im Freien mit Szenenflächen (ab 1.000 Besucher)	3
<b>Versammlungsobjekte, die nicht der Sonderbauverordnung unterliegen</b>		
013	Schank-/ Speisewirtschaften (ab 400 Plätze)	5
014	Gebäude mit Bühnen-/ Szenenflächen/ Filmvorführungen (ab 50 Personen)	5
015	Schank-/ Speisewirtschaften in mehrfach genutzten Gebäuden ab 200 Personen (bei fehlender Personenangabe 2 Personen pro m <sup>2</sup> Freifläche)	5
016	Schank-/ Speisewirtschaften in mehrfach genutzten Gebäuden, jedoch nicht ebenerdig (ab 50 Personen)	5
017	Räume für Sportveranstaltungen in mehrfach genutzten Gebäuden ab 1000 m <sup>2</sup>	5
<b>Unterrichtsobjekte</b>		
018	Schulen nach Schulbaurichtlinie (SchulBauR)	5

019	Eigenständige Unterrichtsgebäude/ -trakte in Ausbildungsstätten, für die die SchulBauR nicht gilt	5
020	Unterrichtsräume (ab 100 Personen) in Ausbildungsstätten, für die die SchulBauR nicht gilt, in sonst anders genutzten Gebäuden	5
021	Unterrichtsräume wie vor, jedoch nicht ebenerdig (ab 50 Personen)	5

### **Verkaufsobjekte**

022	Geschäftshäuser nach Teil 3 Sonderbauverordnung (SBauVO)	3
023	Gemeinschaftsladenzentren mit mehr als 2.000 m <sup>2</sup> Verkaufsfläche	3
024	Verkaufsstätten, für die die SBauVO nicht gilt, mit mehr als 500 m <sup>2</sup> Verkaufsfläche	3

### **Verwaltungsobjekte**

025	Mehrgeschossige Gebäude mittlerer Höhe mit mehr als 1.000 m <sup>2</sup> Nutzfläche	5
026	Verwaltungsräume in mehrfach genutzten Gebäuden mittlerer Höhe	5

### **Ausstellungsobjekte**

027	Museen	5
028	Messegebäude	5

### **Garagen**

029	Mittel- und Großgaragen nach Teil 5 Sonderbauverordnung (SBauVO)	5
030	Unterirdische, geschlossene Mittelgaragen in Verbindung zu anders genutzten Gebäuden mit mehr als 500 m <sup>2</sup>	5

### **Gewerbeobjekte**

031	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und Umgang von/ mit überwiegend brennbaren Stoffen	5
032	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und Umgang von/ mit überwiegend nicht-brennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße von mehr als 800 m <sup>2</sup>	5
033	Betriebe wie vor, jedoch in Einheit mit anderen Nutzungen	5
034	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und Umgang von/ mit überwiegend brennbaren Flüssigkeiten, Gasen und Gefahrstoffen, die gemäß der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichVO) / Chemikaliengesetz (ChemG) / Sprengstoffgesetz (SprengG) / Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) mit besonderen Brandschutzmaßnahmen durch die Bezirksregierung Münster oder durch die Abt. Immissionsschutz des Kreises Warendorf genehmigt wurden	5
035	Betriebe wie vor, jedoch in unmittelbarer Verbindung zu Wohngebäuden	5
036	Gebäude zur Lagerung brennbarer Flüssigkeiten, die gemäß BetrSichV / ChemG/ SprengG / GefStoffV mit besonderen Brandschutzmaßnahmen durch die Bezirksregierung Münster oder den Kreis Warendorf genehmigt wurden	5
037	Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe mit mehr als 1.600 m <sup>2</sup> Lagerfläche	5
038	Gebäude wie vor, jedoch nicht ebenerdig mit mehr als 800 m <sup>2</sup> Lagerfläche	5
039	Gebäude zur Lagerung brennbarer Stoffe	5
040	Freilager für überwiegend brennbare Stoffe	5
041	Hochregallager	5

### **Sonderobjekte**

042	Besonders brandgefährdete Baudenkmäler	5
043	Schießstände und -anlagen	5
044	Hohe Häuser knapp unter der Hochhausgrenze (6- und 7-geschossig und vergleichbar)	5

045	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude mit mehr als 2.000 m <sup>3</sup> in Verbindung mit Wohngebäuden	5
046	Kirchen und Gebetsstätten	5
047	Unterirdische Verkehrsanlagen	5
048	Objekte mit radioaktiven Stoffen ab Gruppe 3 nach Strahlenschutzverordnung (StrahlenschutzVO)	5
049	Bahnhöfe mit Verkaufsstätten größer als 500 qm Verkaufsfläche	5
050	Anlagen und Einrichtungen mit biologischen Arbeitsstoffen ab Gefahrengruppe 2 nach der Richtlinie für den Feuerwehr-Einsatz in Anlagen mit biologischen Arbeitsstoffen	5
051	Flächen für die Feuerwehr, § 5 Abs. 5 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONRW), Zufahrten auf Grundstücke (nach örtlicher Festlegung)	5

Ist ein in der Anlage 2 nicht ausdrücklich aufgeführtes Objekt Gegenstand von Leistungen gemäß Anlage 1, wird es einem vergleichbaren Objekt zugeordnet.

**Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Festlegung des Regelstundensatzes  
und des Höchstbetrages des Verdienstaufalles je Stunde für  
beruflich selbständige ehrenamtliche Angehörige der Feuerwehr  
vom 24.10.2012**

Aufgrund der §§ 7 und 41 Absatz 1 Gemeindeordnung für des Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 12 Absatz 3 Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) hat der Rat der Gemeinde Wadersloh am 24.10.2012 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1  
Regelstundensatz**

Der gemäß § 12 Absatz 3 FSHG festzulegende Regelstundensatz wird auf 20,00 Euro festgesetzt.

**§ 2  
Höchstbetrag**

Der gemäß § 12 Absatz 3 FSHG festzulegende Höchstbetrag, der bei dem Ersatz des Verdienstaufalles je Stunde nicht überschritten werden darf, wird auf 40,00 Euro festgesetzt.

**§ 3  
Bemessung des Verdienstaufalles**

Bei der Bemessung des Verdienstaufalles sind im Übrigen die Bestimmungen der Hauptsatzung zur Regelung des Verdienstaufalles analog anzuwenden.

**§ 4  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

---

Christian Thegelkamp  
Bürgermeister

---

Angelika König  
Schriftführerin